

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgerlohn 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Pettizelle 15 Pfennige.

Nedaktion, Druck u. Verlag von A. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner



Beitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 11. März 1881.

Nr. 118.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 10. März.

Präsident v. Gosler eröffnet die Sitzung um 1 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Amt Etche des Bundesrates: von Bötticher, Graf v. Lerchenfeld, v. Schelling.

Tagesordnung:

I. Berathung des Antrages des Abg. von Szamiecki wegen Einstellung des gegen den Abg. von Czarlnsky beim Reichsgericht schwebenden Strafverfahrens während der Dauer der Session.

Abg. v. Hellendorff-Bedra beantragt Überweitung des Antrages an die Geschäftsaufnungscommission.

Das Haus beschließt jedoch nach dem Antrage des Abg. v. Szamiecki.

II. Abstimmung über die Frage, ob der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Artikel 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung (Herbeiführung zweijähriger Budgets und vierjähriger Legislatur-Periode) in Verbindung mit den Antrage Riedert, Fertigstellung des Etatsgesetzes für das Reich vor den Etats-Gesetzen der Einzelstaaten, einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen sei.

Der Antrag wird mit 127 gegen 111 Stimmen angenommen. (1 Mitglied enthält sich der Abstimmung.)

III. Berathung der neuesten Denkschrift über die Ausführung der Münzgesetzgebung in Verbindung mit dem mündlichen Bericht der Petitionscommission über Petitionen bezüglich des Münzwesens.

Lechterer wird vom Abg. Witte (Rostock) erstattet, welcher Namens der Kommission den Antrag stellt, diese Petitionen durch die früher gefassten Beschlüsse des Hauses für erledigt zu erklären.

Abg. Frhr. v. Mirbach geht zunächst auf frühere Ausführungen des Abg. Bambergers kurz ein, um hierauf seinen abweichenden Standpunkt zu begründen. Er konstatirt, daß die Bewegung gegen die weitere Durchführung der Goldwährung in der letzten Zeit erheblich zugenommen habe, und freue er sich, dazu beigetragen zu haben, diese Bewegung zu fördern. Beharre man darauf, die Goldwährung zur Durchführung zu bringen, dann werde man zu einer Entwertung des Silbers gelangen, die zu einer Krisis ohne Gleichen führen werde. Nedner berechnet den Bestand an Silber auf ca. 500 Millionen Mark. Für dieses erhebliche Quantum würde man auf dem Weltmarkt auch nicht einmal Käufer finden, ein Umtausch unseres Silberbestandes mit Gold würde sich als untauschbar erweisen, denn die meisten Länder hätten Mangel an Gold. Er glaube, Deutschland sei in der Lage, seinen status quo, wenn auch mit geringen wirtschaftlichen Nachtheiten, aufrecht zu erhalten.

Abg. Dr. Bamberger will keine große Staatsaktion von dieser Berathung hier heute machen, wie es der Vorredner vorausgesetzt zu haben scheine, er halte überhaupt eine plötzliche Entscheidung der Währungsfrage nicht für angezeigt, sondern man könne ruhig die Entwicklung der Dinge abwarten. Wenn der Vorredner eine Steigerung des Diskonts durch die reine Goldwährung vorhergesagt habe, so irre er entschieden, die Zinsen seien in Deutschland schon jetzt gefallen; zahlreiche agrarische und andere Papiere seien in geringerprozentige konvertiert. Es gebe auch keinen größeren Antrieb für Leute, die Geld auszuleihen hätten, dasselbe fortzugeben, als das Vertrauen, daß sie das Geliehene in demselben gleichwertigen Gelde zurückhalten würden, deshalb stehe stets in Ländern mit geordneten Münzverhältnissen der Zinsfuß niedriger als in anderen und auch das Kapital strebe aus bimetallistischen nach monometallistischen, um sich dort anzulegen. Nedner befiegt die Einstellung der Silberverkäufe und meint, alle anderen Staaten hätten ihr Silber verkaufen können, nur wir sollen es nicht können. Nebstens brauchten die 400—500 Millionen nicht ganz verkauft werden und die 40—50 Millionen, die wir bei einem Verkauf verlieren könnten, kämen dem Vortheil gegenüber gar nicht in Betracht, den wir dadurch hätten, daß die Valutafrage fest geregelt sei, daß Sicherheit in unseren Geldverkehr komme, Sicherheit im Innern, während wir doch für Kasernenbauten ähnliche Sum-

mien ausgaben. Wenn wir 1873 die Doppelwährung angenommen hätten, wäre uns gar kein Staat gefolgt, während wir alle Staaten in die Goldwährung nachgezogen hätten. Auch er sehe der Pariser Münzkongress mit Vertrauen entgegen und wolle ruhig mit anhören, was die Herren sagten hätten, denn er sei sicher davor, daß die Staatsregierung den Weg nicht verlassen werde, den man mit dem Münzgesetze von 1873 betreten habe, sie könne nicht daran denken, im Beitragswege den Ausprägungswert international festzustellen, dieses Unternehmen sei stets an dem Willen des Publikums gescheitert, das niemals die Münzen zu dem Werthe angenommen habe, den die Regierungen darauf geschrieben, sondern zu dem, den sie wirklich hätten. Glücklicher Weise liege diese Frage auf internationalem Gebiete und da habe der Herr Kanzler sehr gute Augen und werde Deutschland schon für Schaden schützen. (Beifall.)

Abg. v. Lenthe hält nach Lage der Sache die Annahme der Goldwährung 1873 für eine zwingende Notwendigkeit, doch müssten wir jetzt die traurigen Folgen des Verlassens der vielfach jährigen Doppelwährung in Deutschland tragen. Der weitere Verfolg dieser Idee geht in der Unaufmerksamkeit des Hauses im Zusammenhang verloren.

Abg. Dr. Delbrück erklärt ebenfalls, die deutsche Beteiligung an der Pariser Münzkongress mit großer Ruhe anzusehen, da nach den vorjährigen Beschlüssen des Bundesrats ein Abgeben von der bisherigen deutschen Münzpolitik unmöglich sei. Wenn die Beschlüsse der Münzkongress dazu führten, den Werth des Silbers zu heben, so würde Deutschland nur damit gedient sein. Es habe entgegen der Behauptung des Vorredners in Deutschland nie eine Doppelwährung bestanden, sondern stets nur die reine Silberwährung, also könne auch zur Doppelwährung nicht zurückgekehrt werden. Niemand sei verpflichtet gewesen, die preußischen Friedrichsörs in Zahlung anzunehmen und nur um den Kassenbeamten das Ausrechnen des Kurses zu ersparen, habe man in den 30 Jahren einen festen Kassenkurs dafür festgesetzt. Nicht die Abschaffung der Silberwährung, nicht unsere Silberverkäufe hätten hauptsächlich das Silber entwertet, sondern die Verhältnisse der englischen Regierung zu Indien, da sich durch die Zinsen für die indischen Kriegsschulden die jährlich nach England gelangende Silbersumme um 10 Millionen Pf. Sterl. vermehrt habe; diese Maßregel, die Zinsen der Kriegsschuld Indien aufzubürden, habe den Silberpreis so herunter gedrückt.

Was nun den Minderausmünzungswert der Silbermünzen angehe, von dem der Vorredner be-

hauptet habe, daß er zur Münznachahmung verleite, so sei dies nicht zu befürchten, da erfahrungsmaßig Münzfälschungen, zu denen viel Anlagekapital notwendig sei, nicht vorkämen, und auch

wegen der guten erhaltenen Prägung unserer neuen Silbermünzen sehr gut technisch eingerichtete Werkstätten dazu gehören würden, um kursfähige Münzen herzustellen.

Daraus entstehe keine Gefahr für unser Münzsystem. Auch könne er die Pflicht

nicht anerkennen, die Bergbauprodukte, und als

solche das Silber, zu einem bestimmten Preise zu

schäzen und deshalb einen festen Silberpreis aufrecht zu erhalten. Nedner geht sodann auf sonstige Vorwürfe ein, die der Goldwährung gemacht worden und widerlegt diese.

Staatssekretär im Reichsschulamt Scholz: Da sämtliche Nedner ihr Vertrauen zur Reichsregierung in der Münzfrage ausgesprochen hätten, habe er nur kurz erklären wollen, daß die Stellung der verbündeten Regierungen unverändert die sei, den Status quo aufrecht zu erhalten. Diese Stellung rechtfertige aber auch die Einstellung der Silberverkäufe und hobe der Abg. Bambergers Unrecht, dies zu tadeln, da die verbündeten Regierungen im vorigen Jahre erklärt hätten, falls der Reichstag mit erheblicher Majorität in einer Resolution beschließen sollte, daß nach seiner Auffassung die Silberverkäufe fortzusetzen seien, der Bundesrat bereit sei, die Frage nochmals in Erwägung zu ziehen. Eine solche Resolution sei aber nicht gefasst. Zum lebhaften Bedauern des Reichskanzlers sei letzterer durch seinen Gesundheitszustand verhindert, der heutigen Berathung anzuwohnen, er (Nedner) sei daher beauftragt, auszusprechen, daß der Reichskanzler auch persönlich die Aufrechterhal-

lung des Status quo für das allein Nötige hält;

er meint, daß non liquet sei in diesen Fragen noch so stark, daß es nicht richtig sein würde, irgend einen Schritt zu thun. Namentlich sei der Punkt, ob der vorhandene Goldbestand ausreiche, den Bedarf derjenigen Staaten zu decken, die bereits Goldwährung angenommen hätten, geschiwge denn für diejenigen Staaten, die sich noch der Goldwährung anschließen möchten, für den Kanzler nicht entschieden, und er meint, daß dieser sich melden würde Bedarf wohl ein Faktor sei, der schon jetzt in's Auge gefaßt werden müsse. Dem Kanzler erscheint dieser Goldvorrath wie eine Decke, die über alle Staaten ausgebreitet ist, die nun aber nirgends ganz ausreicht, so daß jeder daran zieht, um so viel als möglich davon zu erhalten. Dieses fortwährende Ziehen an der unzureichenden Decke werde die Münzverhältnisse lange nicht zur Ruhe kommen lassen; es sei aber ohne Zweifel, daß der fehlende Bruchtheil des Bedarfs den Preis für

insbesondere die tieferen Straßen der Altstädt Seestadt, sowie die dem Elbstrom zugelehrten Quastraßen mit deren Seitengassen überschwemmt hat. Der Verkehr ist nur durch Holzbrückenstege und Rähne ermöglicht. In der Antonstadt stehen die Scheunenhöfe nebst dem alten Kirchhof unter Wasser, ebenso das Ostragehege in der Friedrichstadt. Stark gefährdet ist der Altstädt Badehof, wo seit der letzten Nacht Pioniere zur Rettung beziehentlich Umstapelung der gefährdeten Waarenlager thätig sind. Den höchsten Stand hatte das Wasser heute Mittag 1 Uhr mit 426 Centimeter über Null erreicht, Abends 1 $\frac{1}{2}$ Uhr war es bereits auf 419 Centimeter gesunken. Die leichten Depeschen aus Auffig melden langsame Sinten des Stromes. Gegenwärtig ist Stillstand eingetreten und sehr langsame weiteres Fallen zu erwarten, so daß die Gefahr für die inundierten Stadttheile gegenwärtig beseitigt zu sein scheint.

Ausland.

Wien, 10. März. Der Bukarester Korrespondent der "Neuen Freien Presse" hatte jüngst eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Bratiens, welcher auf eine Anfrage antwortete: Rumänien dürfte allerdings in nicht allzu ferne Zeit zum Königreiche erklärt werden, aber der Zeitpunkt hierfür sei noch unbestimmt. Bratiens bemerkte, die Zustimmung der auswärtigen Mächte sei nicht erforderlich. Lebriens werde das Interesse keiner Macht durch die Proklamation verletzt. Aus delikater Rücksicht für Österreich werde Fürst Karol nicht den Titel "Fürst der Rumänen", sondern "Fürst von Rumänien" annehmen.

Rom, 9. März. Die Rettungsarbeiten no Casamicola erfordern mindestens noch acht Tage Zeit. Ständig werden Leichen gefunden. Die Bevölkerung kampft fortwährend theils auf den Feldern, theils auf den Schiffen.

Der König spendete für die Verunglückten zehntausend Francs.

Die Regierung beantragte bei der Kammer hunderttausend Francs zur ersten Linderung der Noth.

Crispi und Nicotera sammelten bei den Deputirten 2000 Francs, der neapolitanische Presverein gab 1200 Francs.

Das Elend der Bewohner Casamicolas soll unbeschreiblich sein.

Wegen der angeblich in Bagdad ausgebrochenen asiatischen Pest verfügte die italienische Regierung die genaueste sanitäre Prüfung aller türkischen und egyptischen Schiffe und verhängte eine sieben-tägige Quarantaine über Schiffe, welche aus dem persischen Golfe kommen.

Dem "Bergagliere" wird aus Malta von siebenhafter Thätigkeit der dortigen englischen Arsenale berichtet.

Das zehnte und sechzehntausendste in Malta garnisonirende englische Infanterie-Regiment erhielt den Befehl zur Einschiffung nach der Kapstadt am 20. März.

Der italienische Schulinspektor Lattes ist in Tunis eingetroffen, um dort italienische Gewerbeschulen zu errichten.

Dublin, 9. März. Auf Grund des Zwangsgesetzes sind heute weitere 15 Personen verhaftet worden.

Provinzielles.

Stettin, 11. März. Gestern wurde nach 12tägiger Verhandlung der großartige Betrugssprozeß gegen den Kaufmann Groth und Genossen vor der Strafkammer des Landgerichts in Stralsund beendet. Angeklagt waren die Kaufleute Groth, Peters und Westphal des vollendeten und versuchten Betrugs, die Kaufleute Aug. Waberg, Alb. Waberg, Freese, der Gastwirth Dieck und der Kommissionär Lips der Börse der Hanse. Die erbgangenen drei Angeklagten waren gänzlich vermögenslos, trotzdem verstanden sie es, die Großhändler durch Vorstellung falscher Thatachen zur Übersendung von größeren Waarenposten zu bewegen, welche sie dann sofort, oft ohne sie auszupacken, zu Schleuderpreisen weiter verkauften und besonders in den Mitangeklagten Freese, den Gebr. Waberg und Dieck willige Abnehmer fanden. Einer der Angeklagten hielt das "Mahnblatt" und fast allabendlich kamen Groth, Westphal, Freese und Aug. Waberg in der Wohnung des Dieck zusammen, um aus diesem Off-

tenblatt die grösseren Firmen herauszuziehen und zu Schwindelen zu benutzen. Sie richteten ihr Augenmerk nur auf auswärtige Firmen und war ihnen die Wahl der Artikel ganz gleichgültig, sie bezogen Pelzwaren, Käse, Equipagen, Stiefelbüsten, eisernen Geldschänke, Bonbons, Thürdrüder, Glaschen, Korken, Liqueur, Lampen &c. und erstreckten sie das Feld ihrer Schwindelen weit über die Provinz Pommern hinaus. Auch mehrere Stettiner Firmen wurden von den Angeklagten in nicht unbedeutender Weise geprägt. Nur Westphal bekannte sich schuldig, während die übrigen Angeklagten hartnäckig leugneten. Groth und Peters wollen die Absicht gehabt haben, die bezogenen Waren ehrlich zu bezahlen, und die Uebrigen bestreiten, sich irgendwie der Hehlerei schuldig gemacht zu haben. Nach der sehr umfangreichen Beweisaufnahme überzeugte sich der Gerichtshof von der Schuld sämtlicher Angeklagten und erkannte gegen Groth auf 7 Jahre Gefängnis und 4 Jahre Ehrverlust, gegen Westphal auf 4 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Peters auf 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust, gegen August Waberg auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust, gegen Diek und Freese auf je 4 Monate Gefängnis und gegen Al. Waberg und Lipke auf je 2 Monate Gefängnis.

Die Untersuchungen wegen Verkaufes von gefälschten Genussmitteln werden in unserer Stadt sehr streng geführt und deshalb die Polizeibeamten von Zeit zu Zeit beauftragt, bei den Händlern, Kaufleuten &c. Proben von Nahrungsmitteln zu entnehmen, welche dann von einem Chemiker untersucht werden. So wurden in letzter Zeit wiederholt Proben von Chokoladenmehl chemisch untersucht und da der damit beauftragte Chemiker Herr Bensemann dieselbe als gefälscht bezeichnete, die Verkäufer derselben in eine Geldstrafe genommen. Dieselben erhoben jedoch gegen das ihnen über je 15 M. zugegangene Strafmandat Widerspruch und standen in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts gegen mehrere derselben Termine an. Da sämtliche Anklagen denselben Gegenstand zur Grundlage hatten, wollen wir uns darauf beschränken, auf eine Verhandlung näher einzugehen. Bei einem Materialwarenhändler war durch einen Schuhmann Chokolade geholt worden und erhielt derselbe sogenanntes Chokoladenmehl, wie es auch unter dem Namen Suppenchokoladenmehl in jeder Handlung hier selbst für 50 Pf. pro Pfund verkauft wird. Dasselbe wurde durch den Chemiker Hrn. Bensemann untersucht und dessen Gutachten ging dahin, daß das Mehl aus 80 Prozent löslichen Bestandtheilen (Farinzucker) und 20 Prozent unlöslichen Bestandtheilen, und zwar hauptsächlich Mehl und Cacaoshaalen, besteht; bei Einsäuerung der unlöslichen Theile ergaben sich ½ Prozent Asche und diese Asche nicht, wie Mehl und Cacao, weiße oder schwach graue, sondern eine rothbraune Farbe. Aus der Beschaffenheit dieser Asche sei zu erkennen, daß der Chokolade Erdfarbe zugesetzt sei. Der Sachverständige glaubt, daß dieser Zusatz schon genügt, das Chokoladenmehl als gefälscht zu betrachten, ebenso wie durch den Zusatz von Mehl. In Folge dieses Gutachtens beantragte der Herr Amtsgericht auf Grund des § 11 des Gesetzes wegen Fälschung von Nahrungs- und Genussmitteln eine Geldstrafe von 15 Mark. Von Seiten der Bevölkerung wurde dagegen hervorgehoben, daß sich Herr Bensemann mit seinem Gutachten im Widerspruch mit anderen Chemikern befindet, das aber auch die Lokalbehörden vieler Städte, so von Berlin, den Verkauf von Chokoladenmehl ungehindert gestatten. Es könne auch von einer Täuschung des Publikums keine Rede sein, da Niemand, der Chokoladenmehl kauft, in dem Glauben sein könne, daß es für 50 Pf. wirklich 1 Pfund reine Chokolade erhalte. Derartiges Chokoladenmehl werde schon seit einer Reihe von Jahren von sämtlichen Fabrikanten bereit und als Pulver verkauft. Die Bevölkerung beantragte die Vernehmung des vereideten Chemikers Herrn Dr. Bapst, dessen Gutachten dahin ginge, daß in dem Chokoladenmehl durchaus keine schädlichen Substanzen enthalten seien. Der Gerichtshof lehnte diesen Antrag jedoch ab und erkannte auf Grund des § 360 Nr. 7 (Gebotens von gefälschten Nahrungsmitteln) auf 3 Mark Geldstrafe.

Der Quartett-Verein „Orpheus“ gab am Donnerstag Abend in der zahlreich besuchten Aula des Marienstifts-Gymnasiums ein Konzert, das von Neuem die vorzüglichsten Kräfte des Vereins und die künstlerische Begabung seines Leiters, des Herrn Hermann Jeltsch, verriet. Der Quartett-Verein „Orpheus“ hat seit der Zeit seines Bestehens seine Kräfte so recht dem Dienste der Wohlthätigkeit geopfert und sich einen Kreis von Besuchern geschafft, dem man sonst sehr wenig bei der Huldigung öffentlicher Kunstleistungen begegnet, er ist — erlaube man uns den Ausdruck — gewissensfrei der „konervative“ Gefang-Verein Stettins geworden und seine Konzerte vor dem Kaiser, zum Besten des Vaterländischen Frauen-Vereins, des Frauen-Vereins für verschämte Arme und „Salems“ kennzeichnen zur Genüge, in welchem Sinne der Quartett-Verein „Orpheus“ beurtheilt werden will. Wir begrüßen dies Streben, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, mit aufrichtiger Freude, zumal Herr Jeltsch in seinem Verein so ausgezeichnete Kräfte besitzt, wie sie in Stettin kein weiterer Verein aufzuweisen hat. Mit Vorliebe pflegt der „Orpheus“ das Solo-Quartett und kann dies, da er über prächtige Stimmen verfügt. Wir konnten dem gestrigen Konzert leider nicht ganz beiwohnen, nahmen aber den allerbesten Eindruck von ihm mit, da wir zu-

lebt von einem höchst sympathischen Bariton den ersten Preisgesang Wolframs aus Wagner's Lahnhäuser singen hören.

In Gemässheit des von der letzten Generalversammlung deutscher Müller gefassten Beschlusses hat der Vorstand des Verbandes eine Ueberreinkunft mit dem Institut von W. Schimmelbusch getroffen, welche einen wesentlichen Fortschritt in der Entwicklung des Auskunftsweises darstellt. Von besonderem Interesse ist, daß der Präsident des Verbandes deutscher Müller, Herr Jos. J. van den Wyngaert, seine im vorigen Jahre im Auftrage der Regierung nach Amerika gemachte Reise gleichzeitig dazu benutzt hat, sich über die Bedeutung und über die Einrichtung des dort am weitesten entwickelten Auskunftsweises zu unterrichten. Es hat sich ihm hier die Überzeugung aufgedrängt, einmal, daß der amerikanische Handelsverkehr niemals zu seiner gegenwärtigen Großartigkeit sich hätte entwickeln können, wenn ihn nicht die dortigen Auskunfts-Institute hinsichtlich der Kreditfrage mit rühmenswerther Schnelligkeit und Sicherheit bedienten, und sodann, daß die organisierte Auskunftsverteilung auch in Deutschland das sicherste Mittel ist, die für unsere zerfahrenen Kreditverhältnisse so nothwendige Klärung herbeizuführen. In der übernommenen Kontrolle und der dadurch bedingten Einstufnahme Seitens der Vereine steht Herr van den Wyngaert nur einen ersten Schritt; er beachtigt, ein Zusammenwirken der verschiedenen Vereine anzubahnen, um die berufsmäßige Auskunftsbeschaffung immer vollkommen zu machen und auf diese Weise einen gesicherten Kreditverkehr im Interesse des deutschen Handels zu ermöglichen.

Der bekannte Theater-Historiker Joseph Kürschner in Stuttgart, Redakteur der in Leipzig erscheinenden Wochenschrift „Neue Zeit“, die das offizielle Organ der deutschen Genossenschaft dramatischer Autoren und Komponisten ist, hat in Nr. 23 seines trefflich redigirten Blattes vom 4. März den Stettiner Theaterskandal in für Herrn Emil Schirmer nicht gerade vortheilhaft Weise besprochen. In einer Briefkasten-Notiz derselben Nummer heißt es außerdem noch wie folgt: „Aus der gütigst überstandenen Zeitung haben wir den charakteristischen Passus über Schirmer aufgenommen. Dieser Herr hat den Skandal in so unverantwortlicher Weise bei den Haaren herbeigezogen, daß uns die Worte fehlen, sein Handeln richtig zu bezeichnen. Solche komödiantische Ueberhebung der Kritik gegenüber und noch dazu einer Kritik gegenüber, die, wie wir uns überzeugt haben, sehr schonend geübt wurde, kann nicht hart genug von der Presse abgestraft werden, die leider noch

zu sehr ...“ und weiter: „... und seinen Angehörigen eine übertriebene Werthschätzung angegedeihen zu lassen. Uebrigens haben alle Zeitungen, die uns bis jetzt zu Gesicht kamen, Herrn Schirmers Taktlosigkeiten entschieden verurtheilt.“

Otto Schwarz in Berlinchen hat für einen mehrjährigen Saat- und Schulzug ein Patent nachge sucht.

Die Einreichung einer Klage bei Gericht, welche als Klageanmeldung nach den Bestimmungen des preußischen Allgemeinen Landrechts eine Unterbrechung der Verjährung des eingeflagten Anspruchs bewirkt, hat nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, V. Civilsenats, vom 9. Februar d. J., seit dem Inkrafttreten der deutschen Civilprozeßordnung nicht mehr diese Wirkung. Vielmehr wird eine Unterbrechung der Verjährung seit dem Bestehen der neuen Civilprozeßordnung nur durch Zustellung der Klage an den Beklagten herbeigeführt.

Der Kaufmann Herm. Müller wurde gestern auf der Pölierstraße, vis-a-vis dem Grundstücke Pölierstraße 27, von einer Equipage überfahren, erlitt aber glücklicherweise keine weitere Verlehrung als eine Hautabschürfung an der linken Hand und am Ellenbogen.

Gestern Nachmittag zwischen 3—4 Uhr wurde in der Anlage bei Fort Preußen in der Nähe des Schmidt'schen Holzhofes von einem Arbeiter in einer Cigarrenliste verpaßt eine weibliche Kindesleiche aufgefunden.

Der Arbeiter Herd. Marquard wurde gestern zur Haft gebracht, weil er in stark angebrummen Zustande ohne jede Veranlassung in der neuen Wallstraße wiederholt auf einen Vorübergehenden einschlug.

Gestohlen wurde: in der Nacht vom 8. zum 9. d. Ms. aus einem verschlossenen Keller des Hauses grüne Schanze Nr. 5 20—25 Flaschen Wein und am 10. d. Ms. von dem Hofe Mittwochstraße 5—6 eine Ballastschippe im Werthe von 3 Ml.

Demmin, 9. März. Der gestrige Viehmarkt war leider nicht von schönem Wetter begünstigt, und daher weniger besucht, als wie man erwartete. Rindvieh war ziemlich viel zur Stelle; die besten Starken wurden mit 150 bis 180 Mark bezahlt, geringere mit circa 120 Mark; Kühe, deren jedoch nicht viel vorhanden waren, hatten den Preis von 120 bis 200 Mark, ja eine Kuh soll mit 270 Mark verkauft worden sein. Werthvollere Pferde waren diesmal mehr zum Verkauf gestellt als sonst, allein es fehlten sowohl bei den Pferden als auch bei den Kühen die Käufer. Die Geschäfte, die gemacht, waren, besonders bei den geringeren Pfer-

den, meistens Tauschgeschäfte. Im Allgemeinen war das Geschäft sehr schwach.

§ Von der hinterpommerschen Grenze, 6. März. Ein wahres Auswanderungsfieber hat sich auch bei uns in Stadt und Land und ganz besonders in die arbeitende Klasse der Bevölkerung eingeschlichen. Es ist wahrhaft betrübend, zu sehen, wie gerade die wackeren ländlichen Arbeiter die Heimat verlassen, und dies in den meisten Fällen weniger darum, weil sie Mangel und Not leiden, sondern weil sie von geheimen Agenten unzufrieden und nach dem jenseits des Oceans unfehlbar zu findenden Glücke lüstern gemacht sind. Dabei werden sie verführt, ihre Pflichten gegen ihre Broderen sowohl als auch gegen Gemeinde und Staat zu ignorieren, und kein Gesetz hält sie davon zurück. Es wäre endlich wohl an der Zeit, daß solchem verwerflichen Treiben ein Ende gemacht würde. Denn in Wahrheit liegt hier ein staatsgefährliches, verbrecherisches Agitieren vor, gegründet auf schändliche Gewinnung des Blutgeldes, welches gewissen Agitatoren pro Kopf gezahlt wird. Wären es unbrauchbare Leute oder gar solche, welche wegen zerstörter Verhältnisse und Vergeben das Weite suchen müssten, so könnte man sich beruhigen, weil das Land dadurch nur entlastet würde. Aber gerade solche Arbeiter sind es, die Ersparnisse aufzuweisen haben und denen es meistens gar nicht übel ergangen ist. So verlor in diesen Tagen einer unserer tüchtigen Landwirthe die Hälfte seiner Arbeitersfamilien, obgleich dieselben so gut stützen waren, daß sie durchaus nicht zu klagen hatten und erhebliche Geldsummen mitnahmen. Nur solche blieben zurück, denen es an Reisegeld fehlte. Im Dorfe T. zogen 12 Familien fort, die dazu durch einen von Amerika zurückgekommenen Menschen verleitet wurden, der von dort jedenfalls als Agent abgefendet worden war. Ueberall, wo man hinkommt, geschieht Aehnliches und es darf nicht lange so fortgehen, wenn dadurch nicht ein großer Schade für das Land entstehen soll. Ließ man die Rathschläge einzelner Berliner Zeitungen, so muß man unwillkürlich die Achseln zucken, besonders wenn man hört, daß dem Unwesen nur gesteuert werden kann durch Besserstellung der Arbeiter. Denn gerade diese besser Situierter ziehen fort, weil sie die Mittel dazu besitzen, wogegen die Unbemittelten hier bleiben müssen und sehnsüchtig ihren Kameraden nachblicken. Unseres Erachtens kann nur eine scharfe Kontrolle der Agenten, sowie der Auswanderung überhaupt etwas helfen. Jedenfalls wäre es nötig, solche Personen davon zurückzuhalten, die hier durch Kontrakte oder Verpflichtungen gegen die Ihrigen gebunden sind. Einem Vater, der seine Kinder der Gemeinde zur Last hinterläßt, dürfte ebensowenig das Recht der Auswanderung eingeräumt werden, wie einem Dienstmann vor vollendetem Kontrakt-

Chemie und Physik, die Zoologie, die Botanik und nicht zuletzt die Medizin mit ihren vielen Hülfswissenschaften, die durch Jaeger's Entdeckung eine Bereicherung, eine Richtig- und Klarstellung erfahren, welche man bisher für unmöglich gehalten hat. Der Verfasser steht auf dem darwinistischen Standpunkt. Das Werk, welches 1879 in erster Auflage erschien, hat im Jahre 1880 schon eine zweite Auflage von doppelter Bogenzahl nötig gemacht. Erst vor wenig Wochen ist das zweite Werk: „Die Neuralanalyse“ erschienen, das unter dem Motto: „Zahlen beweisen“ so merkwürdige Enthüllungen und Entdeckungen zahlenmäßig beweist und durch graphische Darstellungen klar macht, daß wir vor Erstaunen gar nicht wagen, den Inhalt auch nur anzudeuten, sondern jedem Geblüdeten, besonders allen Naturforschern und Aerzten, dringend ratzen, nicht nur dies Buch gründlich zu studiren, sondern zunächst den Vorgänger desselben, „Die Entdeckung der Seele.“ Wir meinen, der Leser wird uns für unsern Nath Dank wissen. Beide Bücher sind in dem Verlage von Ernst Günther in Leipzig erschienen.

— In Nizza ist am 6. d. M. der Ballon „Gabriel“ mit drei Insassen dem Luftschiffer Hauptmann Jovis, dem Redakteur des „Phare du Littoral“, Herrn Altior, und dem Unterleutnant Bi vier vom 111. Linieregiment, unter lautem Beifall der Menge vom Präfekturplatz aufgestiegen. Er nahm eine nordwestliche Richtung, ging sehr hoch und verschwand bald in den Wolken. Des Abends war noch keine Nachricht von den Luftschiffen in Nizza eingetroffen. Am 7. d. meldete eine Depesche aus Monaco, man hätte den Ballon von dieser Stadt aus gesehen, wie er direkt über die hohe See hinweg streifte, sich dann wieder erhob und aus dem Gesichtskreise verschwand. Bis zur Stunde ist auf die zahlreichen Depeschen, die man nach allen Telegraphenstationen und Küsten-telegraphen erlassen hat, noch keine Antwort eingetroffen.

— Billroths zweite Magenresektion ist mißglückt. Die Frau, bei welcher bekanntlich Prof. Billroth am 28. v. M. seine zweite Magenresektion ausgeführt hat, ist am achten Tage nach der Operation an Entkräftigung gestorben. Diese Todesursache wurde an der Leiche konstatiert, denn der Krebs war radikal entfernt worden. Die ganz außergewöhnliche bedeutende Erweiterung und Senkung des Magens nach unten ließ keine Passage der Nahrungsmittel nach dem Darme hin zu und steigerte sich wegen Mangels an genügender Ernährung des Kräfteverfall.

— Münchener Blätter melden einen ganz unglaublichen Vorfall: Der Sohn eines Münchener Arztes hat gelegentlich eines Maskenschernes vor etwa 10 Tagen, um sich von der Feuergefahrlichkeit des von ihm getragenen Eskimoskostumes zu überzeugen, dasselbe in Brand gesteckt (!) und sich dabei trotz der bereit gehaltenen Decken, Lücher &c. nicht unerheblich verletzt. Wie wir hören, ist im Bestinden des jungen Mannes noch immer keine rechte Besserung eingetreten und darf derselbe von großem Glück sagen, wenn er von diesem recht tödlichen Streich keine bleibenden Nachtheile davonträgt wird.

(Russische Späße.) Von dem Großfürsten Konstantin wird erzählt, daß derselbe am Schlus eines glänzenden Dinners, zu dem er die vornehmsten Polen Warschaus geladen hatte, jedem Gäste ein echtes russisches Talglicht serviret ließ und gerufen habe: „Meine Herren! Auf das Wohl Russlands werden wir mit einander das geliebte Nationalgericht meiner Heimat verspeisen. Sehen Sie, so macht man es!“ Und der Großfürst, der sich vorsichtigerweise hatte auf seinen Teller ein täuschen nachgemachtes Marzipanlicht legen lassen, legte den Kopf hintenüber und ließ die Speise lächelnd hinter den Zähnen verschwinden. Aber plötzlich nahm sein Lächeln einen gar grimmigen Charakter an, er würgte und würgte — das Marzipanlicht war verwechselt, der Großfürst hatte ein richtiges, echt russisches Nationallicht erwählt. Der Verbrecher, der das Marzipanlicht hatte, ließ selbstverständlich nicht das Geringste davon merken und schnitt die grimmigsten Gesichter, als mache ihm die beliebte Russenweise die entsetzlichsten Schmerzen. In der Nacht sollen aber die großfürstlichen Diener die Knäte stark gespürt haben.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 10. März. Das Wasser ist seit Mittag bei 426 Centimeter über normal stehen geblieben; bei Bergung der gefährdeten Warenlager wurde vom Militär Bestand gelestet.

Wien, 10. März. Nach einem der „Neuen Freien Presse“ von Midhat Pascha in Smyrna zugegangenen Telegramm sind jenseits von Mesopotamia einige Pestfälle in Nedschet bei Bagdad gemeldet worden. Vorsichtsmaßregeln, um die Seuche im Keime zu ersticken, seien bereits getroffen. Abgesehen von dem genannten Orte, sei der Gesundheitszustand überall ein vollkommen befriedigender.

Brüssel, 10. März. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer wurde der Deputierte Woeste wegen einer Angriff auf die Disziplin der Armee enthaftende Neuerung vom Präsidenten Guillery aufgefordert, die gedachte Neuerung zurückzunehmen. Woeste kam dieser Auflorderung nach und nahm seine Neuerung zurück; der Präsident Guillery erachtete den Zwischenfall damit für erledigt. Der Minister des Auswärtigen, Frère-Orban, beantragte indes — unter dem Beifall der Kammermajorität — für Woeste den Ordnungsruf. Der Präsident Guillery weigerte sich, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen und legte sein Präsidentenamt nieder.